Die Rache Poincarés.

[illegible]. Wie hieß es doch gleich bei den Verhandlungen über den Versailler Schandvertrag? Das deutsche Volk habe keine Schuld am Kriege, es solle daher auf jede Weise geschont werden. Wir fielen auf die Wilsonschen Flötentöne hinein und unterzeichneten. Natürlich hat sich kein Mensch bei den Alliierten mehr um diese Versprechungen gekümmert. Man versucht vielmehr, das deutsche Volk auszupressen wie eine Zitrone. Herr Poincaré insbesondere verliert sich gerade jetzt wieder in Einzelheiten, die so recht zum Ausdruck bringen, daß er auch die einzelnen Deutschen schädigen will. Er nimmt Rache an den in den Reichslanden wohnenden Reichsangehörigen, indem er sie zu Hunderten ins Elend jagt. Die Möbel und Kleidungsstücke, welche die Bedauernswerten zurücklassen müssen, fallen ihm zum Opfer. Dazu weigert er sich, die Habe derjenigen zurückzugeben, die schon früher aus dem annektierten Gebiet ausgewandert sind. Daß dies gegen besondere Abmachungen verstößt, kümmert ihn nicht. Er muß seine Rache kühlen, sei es an alten Sophas, Kommoden, Wiegen, Windeln, Bettdecken. Die Sachen werden verkauft und die grande nation, der Hort aller Kultur, macht sich aus Gegenständen bezahlt, wie sie sonst nur dem Althändler willkommen sind.

Die Deutsche Regierung verwahrt sich dagegen in zwei Noten, die jetzt der Oeffentlichkeit übergeben werden. In ihnen heißt es u. a.:

In dem Abkommen vom 15. November 1919 hat sich die französische Regierung verpflichtet, die Möbel und Kleidungsstücke der früher in Elsaß-Lothringen ansässig gewesenen Deutschen freizugeben. Das Verbot der weiteren Möbelausfuhr bedeutet eine Verletzung dieses Abkommens, von der durchweg Minderbemittelte und ohnehin unter den Kriegsfolgen schwer leidende deutsche Reichsangehörige betroffen werden. Diese Maßnahme erscheint der deutschen Regierung um so ungerechter als sie die ihr nach dem Abkommen obliegende Leistung seit geraumer Zeit vereinbarungsgemäß erfüllt hat .....

Und weiter:

Wenn die französische Regierung das Stundungsgesuch, ohne die Fälligkeit der Verpflichtungen der deutschen Regierung abzuwarten, mit Zwangsmaßnahmen beantwortet hat, die bestehende Verträge verletzen, so liegt darin ein schweres Unrecht. Sollte die französische Regierung auf ihrem Standpunkt beharren, so schlägt die deutsche Regierung vor, einen internationalen Schiedsspruch über die Rechtmäßigkeit der ergangenen Anordnungen herbeizuführen.

Ferner:

Nach den Grundsätzen des Völkerrechts ist es zwar jedem Staat unbenommen, einzelne fremde Staatsangehörige aus fremdenpolizeilichen Gründen aus seinem Gebiete auszuweisen. Eine Massenausweisung, die Hunderte von Angehörigen eines bestimmten Staats plötzlich und unvorbereitet ihrer Existenz beraubt, widerspricht dagegen jedem völkerrechtlichen Herkommen und aller natürlichen menschlichen Rücksichtnahme.

Diese Maßnahme muß die Ausgewiesenen um so härter treffen, als die französische Regierung ihnen fast vier Jahre lang nach Aufhören der Feindseligkeiten den Aufenthalt in Elsaß-Lothringen gestattet und damit die Hoffnung in ihnen erweckt hat, weiter in ihrer Heimat bleiben und ihrem Erwerbe nachgehen können. Im übrigen ist ein innerer Zusammenhang zwischen den Ausweisungen und der von der französischen Regierung zum Anlaß genommenen Frage der Ausgleichszahlungen nicht erfindlich. Die Geldbeträge, deren Mitnahme gestattet ist, sind völlig unzureichend. Der für eine ganze Familie festgesetzte Betrag von 10 000 Mark entspricht zur Zeit dem Wert von 2½ englischen Pfunden oder 11½ Dollar. Die Ausgewiesenen werden somit tatsächlich als Bettler auf die Straße gesetzt.

Die deutsche Regierung legt gegen die getroffenen und in Aussicht gestellten Maßnahmen der französischen Regierung hiermit nachdrücklichst Verwahrung ein.

Es besteht darüber kein Zweifel, daß der Kulturbringer Poincaré diese verhaltenen Ausdrücke eines gerechten Zornes zu den Akten legen wird. Er will seine Rache haben und wenn er sie an Gegenständen des Althandels befriedigt und an dem Unglück armer deutscher Staatsangehöriger. Der deutsche Michel aber schläft weiter und es kümmert ihn nicht, ob seine Landsleute im Namen des französischen Volkes beraubt und ins Elend gestoßen werden.

Ende Oktober der Generalstab der Faszisten zur entscheidenden Sitzung in Neapel unter Konzentrierung des ganzen Heeres zusammentreten werde. Der Weg nach Rom sei aber schon jetzt strategisch durchaus möglich, da die adriatische und die tyrrhenische Küste und der Tiberlauf vollkommen in der Hand der Faszisten seien. Doch werde der Vormarsch des gesamten Heeres von 300 000 „Schwarzen Händen" nicht nötig sein, da inzwischen die politische Basis Italiens eine Aenderung erfahren werde. Der Faszismus wolle aber auf jedem Fall eine Macht im Staate werden. Ob dazu ein Staatsstreich nötig sei, ist ungewiß, aber möglich, denn das Facta-Kabinett sei ein Ministerium, aber keine Regierung. Die Neuwahlen stehen vor der Tür.

Im Prozeß gegen die russischen Sozialrevolutionäre,

die bekanntlich von dem bolschewistischen Gericht zum Tode verurteilt wurden, erregt die Aussage der mitverurteilten Frau Ratner Interesse. Sie kam u. a. auf die neue Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung zu sprechen und prophezeite das Entstehen einer neuen Bourgeoisie infolge dieser Wirtschaftspolitik. Wenn erst diese neue Bourgeoisie sich gekräftigt habe, werde sie sich mit der internationalen Bourgeoisie vereinigen und selbst den „Stock in die Hand" nehmen. Dann würden sich die Sozialrevolutionäre an die Spitze des Proletariats stellen und den Kampf gegen die Sowjetregierung beginnen, die gegenwärtig eine proletarierfeindliche Politik treibe. Frau Ratner erklärte zum Schluß, daß die Angeklagten am schwersten verletzt und gekränkt seien, daß im Prozesse Klara Zetkin als Anklägerin im Namen des Weltproletariats aufgetreten sei und äußerte die Gewißheit, daß, wenn Klara Zetkin nach Deutschland zurückkehre, das deutsche Proletariat ihr erklären werde, daß sie vor dem Gericht nicht die Sache des Proletariats, sondern die der Bourgeoisie verteidigt habe. (Was sagen hierzu die Parteien, denen Frau Zetkin nahe steht? E. P.)

Berlin, 13. August. Ein großes republikanisches Abendblatt erscheint hier seit gestern. Das Blatt hat den Titel: „Die Welt am Abend".

Hannover, 13. August. Als Schupobeamte einen Reichswehrsoldaten wegen Uebertretung verkehrspolizeilicher Vorschriften verhaften wollten, nahmen Soldaten und Zivilisten gegen die Beamten Stellung. Es kam zu einer Schlägerei, in deren Verlauf mehrere Soldaten verhaftet wurden. Verstärkungen der Schupo werden von der bald zu Tausenden angewachsenen Menge mit Hilfe zugeeilter Soldaten unter immer neuen Zusammenstößen zurückgedrängt.

Rom, 13. August. Die sozialistische Zeitung Giustizia schreibt: In dem Generalstreik sind wir völlig geschlagen worden, nachdem wir unsere letzte Karte ausgespielt haben.

Lissabon, 13. August. Wenn auch der Streik im Abflauen ist, so wurden doch noch gestern mehrere Bomben geworfen, die aber keine Opfer forderten. Der Polizeipräsident ist gestern gestorben. Es verlautet, daß er Selbstmord verübt hat.

Oertliche Angelegenheiten.

* Der alte Goldpreis. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 14. bis 20. August wie in der Vorwoche zum Preise von 2600 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 1250 Mark für ein Zehnmarkstück. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post geschieht unverändert zum 60fachen Betrag des Nennwertes.

* Die neuen Postgebühren ab 1. Oktober. Der Reichspostminister hatte schon am 20. Juli den Mitgliedern des Verkehrsbeirates eine Vorlage über eine neue Gebührenerhöhung vorgelegt; 10 Tage später erwiesen sich seine Vorschläge, wie der „C. V." bereits mitteilte, als überholt. Es ist jetzt dem Verkehrsbeirat mit einer Einladung für Montag, den 4. September, noch eine Gebührenordnung zugegangen, die die Sätze der ersten Vorschläge noch um weitere 50 Prozent steigert. Wenn die Beratungen das Maß dieser Sätze nicht mindern sollten — die Mitglieder des Verkehrsbeirates urteilen über ihren Einfluß auf die Tarife selbst sehr skeptisch — so wird sich der Posttarif vom 1. Oktober ab wie folgt gestalten:

Postkarten im Ortsverkehr 1 Mark, im Fernverkehr 4 Mark, Ansichtskarten 1 Mark.

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 1,50 Mark, bis 100 Gramm 4 Mark, bis 250 Gramm 6 Mark, im Fernverkehr bis 20 Gramm 6 Mark, bis 100 Gramm 7 Mark, bis 250 Gramm 8 Mk.

Für Drucksachen wird eine neue Stufe geschaffen; Drucksachen bis 20 Gramm 1 Mark, bis 50 Gramm 2 Mark, bis 100 Gramm 4 Mark, bis 250 Gramm 6 Mark, bis 500 Gramm 7 Mark, bis 1000 Gramm 8 Mark. — Geschäftspapiere und Mischsendungen bis 250 Gramm 6 Mark, bis 500 Gramm 7 Mark, bis 1000 Gramm 8 Mark; Warenproben bis 250 Gramm 6 Mark, bis 500 Gramm 7 Mark.

Päckchen bis 500 10 Mark; Pakete bis 5 Kilogramm in der Nahzone 12 Mark, in der Fernzone 24 Mark.

Postanweisungen bis 100 Mark 4 Mark, bis 250 Mark 5 Mark, bis 500 Mark 6 Mark, bis 1000 Mark 7 Mark, 1500 Mark 8 Mark. Zahlkarten werden ebenfalls erhöht. — Versicherungsgebühren bei Wertbriefen auf je 1000 Mark 2,50 Mark, bei Wertpaketen 3 Mark, Mindestgebühr bei beiden Gattungen 4 Mark. Zeitungspakete 5 Kg. in der Nahzone 6 Mk.

Im Fernsprechverkehr werden die Gebühren vom Oktober ab um 400 Proz. (statt bisher 200 Proz.) erhöht. Die Telegramm-Wortgebühren sollen 3 Mark betragen.

* Die hohen Zuckerpreise. Die Zuckerteuerung, die sich in den letzten beiden Monaten in einer ungeahnten Weise ausgedehnt hat, macht auch jetzt noch nicht Halt. Vielmehr ist mit der Tatsache zu rechnen, daß im kommenden Monat September die Preise für den Auslands und Inlandszucker sehr erheblich in die Höhe gehen werden. Der Inlandszucker wird sich auf etwa 80—84 Mark pro Pfund stellen, während für Auslandszucker, vorausgesetzt, daß die Mark nicht noch weiter entwertet wird, 50 bis 55 Mark pro Pfund verlangt werden. In den Kreisen des Zuckergroßhandels betont man, daß ein Ausgleich der Preise für Inlandszucker an die Weltmarktpreise unbedingt notwendig ist und daß aus diesem Grunde schon im September die Erhöhung der deutschen Zuckerpreise erfolgen wird. Die Vorräte in Zucker seien außerordentlich zusammengeschrumpft und die Aussichten für die kommende Zuckerrübenernte in Deutschland mehr als trübe. Es steht leider zu befürchten, daß die Preise für Auslandszucker die oben genannten Zahlen im kommenden Monat noch übersteigen werden, denn schon jetzt ist es größeren Zucker verarbeitenden Industrien nicht mehr möglich, Auslandszucker unter 60 Mark zu erhalten.

Mit diesen Ausführungen läßt sich folgende Meldung nicht vereinbaren: Die Erzeugung der deutschen Zuckerraffinerien betrug nach amtlichen Feststellungen in den ersten neun Monaten des laufenden Betriebsjahres rund 12,13 Millionen Zentner Verbrauchszucker gegen 10,74 und 7,57 Millionen Zentner in den entsprechenden neun Monaten der beiden vorangegangenen Betriebsjahre.

Die Zuckerfrage ist eine von den Anlegenheiten, in welchen dem Volke nicht reiner Wein eingeschenkt wird. Regierungsseitig sollte nun endlich einmal etwas geschehen, eine Aufklärung herbeizuführen.

•

* Aenderung von Verfassungsbestimmungen. Am 23. August soll im Landtage außer der Vorlage über das Volksbegehren wegen Auflösung des Landtags ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion beraten werden, der den Zweck hat, die Artikel 6 und 9 der Verfassung abzuändern. Die Artikel sehen für den Fall einer Landtagsauflösung eine landtagslose Zeit zwischen Auflösung und Neuwahl vor. Durch den Abänderungsantrag wird die Möglichkeit einer befristeten Landtagsauflösung eingefügt, wodurch die Möglichkeit geschaffen werden soll, daß auch ein aufgelöster Landtag bis zum Zusammentritt des neugewählten in Kraft bleibt.

* Die Kommunisten für Neuwahlen. Der Landesvorstand der Kommunistischen Partei Sachsens und der kommunistischen Landtagsfraktion hat an die Vorstände der sozialdemokratischen und der unabhängigen Partei und deren Landtagsfraktion einen Brief gesandt, in dem es u. a. heißt: Am 29. August fälle die Entscheidung über den Volksentscheid. Wir haben euch wiederholt unsere Meinung gesagt, daß wir es für das Beste halten, wenn der Landtag aufgelöst und Schluß gemacht wird mit der nörgelnden Krakehlerei der bürgerlichen Parteien. Wir halten es für sehr gefährlich, der konterrevolutionären Bourgeoisie noch länger zu erlauben, mit dem Vorwurf kokettieren zu gehen, als hätten die Arbeiterparteien die Landtagsauflösung zu fürchten. Wir sind vielmehr der Meinung, daß es nicht den Interessen des Proletariats dient, wenn bis zur Durchführung des Volksentscheids noch monatelang die Behauptung verbreitet werden kann, die Arbeiterparteien seien nur deshalb gegen die Landtagsauflösung, weil sie Furcht haben, die Mehrheit zu verlieren. Wir sind für die Neuwahl des Landtages einmal, weil wir grundsätzlich für die kurzfristigen Tagungsperioden aller gewählten Körperschaften sind, und weil wir es in jedem ernsten Zweifelsfalle für zweckmäßig halten, die Wähler zu befragen, ferner, weil wir die Gründe, die von der S. P. D. und der U. S. P. D. gegen die sofortige Auflösung und Neuwahl angegeben werden, nicht für stichhaltig halten. Wir teilen euch deshalb mit, daß wir für das Volksbegehren stimmen werden, weil das die Landtagsauflösung bedeutet.

* Neue Verordnung über Regimentszusammenkünfte. Bezüglich der Zusammenkünfte der Militärvereins- und Regimentsangehörigen gilt jetzt nach einer Verordnung des M. d. J. folgendes: 1. Solche Vereinigungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile, die wie der Bund Deutscher Militäranwärter, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, der Bund ehemaliger Kriegsgefangener, nicht wesentlich auf dem Grundsatze der Tradition und Kameradschaftspflege beruhen, sondern in der Hauptsache die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Belange ihrer Mitglieder bezwecken, werden von dem Verbote ausgenommen. 2. Nur den Mitgliedern zugängliche Veranstaltungen zur Erledigung von geschäftlichen Angelegenheiten (Haupt-, Monatsversammlungen usw.) sowie rein gesellschaftlicher Art der Vereinigungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile gelten nicht als Versammlungen im Sinne des Verbots, sofern sie in geschlossenen Räumen stattfinden. 3. Die geschlossene Teilnahme der Mitglieder solcher Vereinigungen an Feierlichkeiten anläßlich der Beerdigung von Mitgliedern ist zulässig, wenn hierbei Waffen nicht mitgeführt werden und schwarz-weiß-rote Abzeichen nicht gezeigt werden. Nur wenn eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung infolge der Teilnahme der Vereinigung an der Beerdigungsfeierlichkeit zu besorgen ist, kann die Ortspolizeibehörde die geschlossene Teilnahme verbieten. 4. Versammlungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile zu Totengedächtnisfeiern, insbesondere zur Enthüllung von Denkmälern für die gefallenen Kameraden sind erlaubt, wenn hierbei schwarz-weiß-rote Fahnen und Abzeichen nicht verwendet und monarchische Kundgebungen nicht abgegeben werden.

Aue, 14. August. Am 12. August konnte der Kupolöfner Eduard Seeliger auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Firma Bodenbach u. B. Stein, Eisengießerei, zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurden ihm von der Firma, seinen Arbeitskollegen und den Beamten Geschenke und Ehrungen dargebracht.

Zwickau, 14. Aug. Der Handwerkergesellenverein Concordia hielt am Sonnabend, den 12. August, sein 60jähr. Vereinsjubiläum ab, an das sich Sonntag, den 13., die Bundestagung des Vogtländisch-Erzgebirgischen Gesellenbundes anschloß. Am Sonnabend Abend 8 Uhr wurden die erschienenen Brudervereine bezw. Delegierten mit Musik am Bahnhof empfangen, von wo sich der Festzug, zum Teil in Tracht, nach dem festlich geschmückten Saale des Schützenhauses bewegte. Nach einigen vorausgegangenen Konzertstücken der Stadtkapelle hieß der Vorsitzende des festgebenden Vereins die Anwesenden aufs herzlichste willkommen und gab eine kurze Schilderung über das 60jähr. Vereinsbestehen. Ferner teilte er der Versammlung mit, daß die langjährigen Mitglieder Albin Göbel, Max Schäffler und Kurt Leistner zu Ehrenmitgliedern ernannt wurden und überreichte ihnen je eine Urkunde, wofür die Ausgezeichneten aufs herzlichste dankten. Der Bundesvorsitzende, Klempnermeister Arthur Gündel-Schwarzenberg, beglückwünschte den Jubelverein und überreichte ihm im Auftrage des Bundes ein ansehnliches Geldgeschenk. Ferner gab er bekannt, daß laut Beschluß der letzten Delegiertensitzung in Zwickau die Gründer verschiedener Vereine zu Ehrenmitgliedern des Bundes ernannt wurden, und zwar Bruno Rittrich-Netzschkau, Karl Huf-Schneeberg, Karl Börner-Schwarzenberg, Otto Bahnert-Oelsnitz i. Erzg. und Albert Golze-Schwarzenberg; auch ihnen überreichte er je eine Urkunde. Schneidermeister Bahnert sprach im Namen der Jubilare den besten Dank aus. Frl. Breitfelder überreichte im Auftrage der Ehrenjungfrauen und Frau Martha Klug im Auftrage der Frauen der Mitglieder und Ehrenmitglieder dem Verein unter Glückwünschen je ein Geldgeschenk, wofür der Vereinsvorsitzende bestens dankte. Sonntag Vormittag versammelten sich dann die erschienenen Delegierten und Vereinsmitglieder im Vereinslokal Zentralhalle zur Bundessitzung. Der Vorsitzende eröffnete diese um ¾10 Uhr, hieß die Delegierten und Bundesehrenmitglieder, sowie sämtliche anwesenden Mitglieder und Vertreter der Volkswirtschaftlichen Vereinigung Lößnitz, der Handelskammer Plauen und den Obermeister der Bäckerinnung herzlich willkommen. Aufgenommen wurden die Brudervereine Gersdorf und Lugau (Viktoria). Die Bundesgeneralversammlung findet im September in Falkenstein statt. Nach Erledigung verschiedener Anträge dankte der Vorsitzende für die gastliche Aufnahme in Lößnitz. Um 11 Uhr fand die Besichtigung der Schuhfabrik der Firma Gerber und Müller statt. Am Eingang wurden die Erschienenen durch den Prokuristen Jahn aufs herzlichste empfangen; er wünschte, daß die Besichtigung jedem Besucher zur Zufriedenheit gereichen möge. Nach der Besichtigung dankte der Bundesvorsitzende den Betriebsleitern bezw. Meistern für das Entgegenkommen durch Vorführung aller in das Fach einschlagenden Vorrichtungen.

•

** Beckwa. Auf dem Altgemeindeschachte verunglückten in der vergangenen Woche der daselbst beschäftigte 52 Jahre Revierzimmerling Paul Ernst Burkhardt aus Ebersbrunn und der 26 Jahre alte Lehrhäuer Albert Curt Müller aus Oberplanitz dadurch tödlich, daß sie bei ihrer Arbeit in den Blindschacht stürzten, wobei beide einen Bruch der Wirbelsäulen erlitten. Die Verunglückten waren verheiratet, ersterer hinterläßt zwei Kinder.

** Zwickau. Hier sind von der Spiegelstraße weg zwei Pferde mit einem Schleifwagen gestohlen worden.

** Bad Elster. In acht Geschäften wurden die Schaukasten erbrochen und daraus Gebrauchs-, Luxus- und Geschenkartikel, sowie Schokoladen im Gesamtwerte von über 10 000 Mark gestohlen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Letzte Drahtnachrichten

Die Kohlennot.

Bochum, 14. August. Hier fand gestern eine Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands statt, die folgende Entschließung faßte: Die Konferenz beauftragt den Verbandsvorstand, sofort mit den zuständigen Stellen Verhandlungen einzuleiten, um den aus der Kohlennot entstehenden Gefahren zu begegnen. Der durch die Gebietsabtretungen bedingte Verlust von rund einem Drittel der deutschen Steinkohlenförderung gefährdet die gesamte deutsche Industrie auf das äußerste, lähmt den Verkehr und verhindert insbesondere die Versorgung mit Hausbrandkohle. Die Aufrechterhaltung der aus dem Spaa-Abkommen erwachsenden Verpflichtung, weitere 24 Millionen Tonnen Steinkohlen jährlich an die Entente zu liefern, muß in aller Kürze den vollständigen Zusammenbruch der deutschen und damit der europäischen Wirtschaft herbeiführen.

Vertagung der Reparationsfrage?

Paris, 14. August. Poincaré und de Lasteyrie haben gestern vormittag von 11 bis ½1 Uhr mit den italienischen und den belgischen Ministern verhandelt. Poincaré erklärte: Wir haben darüber gesprochen, wie man zu einem Einverständnis gelangt, ohne daß der französische Standpunkt aufgegeben wird. Der Berichterstatter fügt hinzu, es sei wahrscheinlich, daß nunmehr die belgischen Delegierten Einigungsversuche bei den britischen Vertretern unternehmen würden.

Paris, 14. August. Lloyd George, Poincaré, Schanzer und Theunis treten heute vormittag zu einer Beratung zusammen.

Paris, 14. August. Poincaré hat sich mit Leon Dubois, dem Vertreter Frankreichs bei der Reparationskommission in Verbindung gesetzt, damit er die nötigen Vorbereitungen treffe, falls die verbündeten Regierungen nicht in der Lage wären, von dem 15. August, dem Tage der nächsten Zahlungsverpflichtung der deutschen Regierung, dieser eine Entscheidung über das Moratoriumverlangen zugehen zu lassen. Wenn die Reparationskommission der deutschen Regierung die Antwort nicht zu dem ursprünglich festgesetzten Zeitpunkt erteilen könne, so verstehe es sich von selbst, so meldet Havas, daß die Rechte der Alliierten vorbehalten blieben. Es könnten nach dieser Richtung keine Schwierigkeiten entstehen.

Die zweite Internationale.

Prag, 14. August. Das Präsidium der Zweiten Internationale hat hier beschlossen, daß im Hinblick darauf, daß in nächster Zeit in Deutschland eine Vereinigung der in den beiden sozialdemokratischen Parteien organisierten Arbeiter stattfinden wird, und im Hinblick auf die im Oktober in Paris geplante Konferenz der drei Gewerkschaftsinternationalen (Londoner, Wiener und Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale), die Konferenz der Zweiten Internationale, die Anfang Oktober in Hamburg stattfinden sollte, vertagt wird, damit in nächster Zeit ein Weltkongreß auf breitester Grundlage durch Hinzuziehung der drei genannten Internationalen einberufen werden kann. Auf der Konferenz wurde beschlossen, mit der Kommunistischen Partei in keiner Weise zu verhandeln, nachdem diese Partei sich durch ihr ganzes Auftreten außerhalb der Sozialdemokratie gestellt habe. Weiter wurde eine Reihe von Entschließungen angenommen, darunter in erster Linie ein Protest des Internationalen Sozialistischen Büros gegen die Moskauer Urteile. In einer weiteren Entschließung wird erklärt, daß sich die durch die Regierungen der Bourgeoisie geschaffene Lage immer kritischer gestalte. Die angeschlossenen sozialistischen Parteien werden aufgefordert, die Aktionen zur Unterstützung der Frankfurter Beschlüsse fortzusetzen. In einer anderen Entschließung wird erklärt, daß der Kampf der italienischen Sozialisten gegen die heutige faszistisch-monarchische Vorherrschaft eine gemeinsame Sache des internationalen Proletariats ist.

Der neue Dollarkurs.

Berlin, 14. August. Der Dollar stand heute vorbörslich auf 800.

Letzter amtlicher Kurs: 781.52 (